

Kurzt berichtet

Keine Zwischenfälle bei Verteilung von Koran-Exemplaren



So sehen die Gratis-Korane aus – dieser hier wurde in Göppingen weitergegeben.

FOTO: DPA

STUTTGART (dapd) - Bei der Verteilung von kostenfreien Koran-Exemplaren durch Anhänger des radikalislamischen Salafismus hat es am Samstag in Baden-Württemberg keine Zwischenfälle gegeben. Nach Angaben des Innenministeriums fanden in Baden-Baden, Laupheim, Göppingen und Tuttlingen über mehrere Stunden hinweg Verteilaktionen statt. Es sei dabei zu keinen besonderen Vorkommnissen gekommen, sagte ein Sprecher. Keine Stände, obwohl angemeldet, gab es in Karlsruhe, Mannheim und Konstanz.

Der Islam-Experte Rauf Ceylan wertete das Verteilen von Koran-Exemplaren als gezielte PR-Kampagne der radikal-islamischen Salafisten. „Die Salafisten wollten mit dieser Marketingaktion nur ins Gespräch kommen. Das haben sie geschafft“, sagte der Professor für Religionssoziologie an der Uni Osnabrück. Die Verteilung sei nicht verwerflich, weil auch christliche Gruppen die Bibel verteilten.

Warnstreiks bei Telekom auch im Südwesten

STUTTGART (dapd) - In der Tarifrunde bei der Deutschen Telekom verstärkt die Gewerkschaft Verdi den Druck auf den Arbeitgeber. Von heute an würden die Beschäftigten in den betroffenen Unternehmensteilen zu Warnstreiks aufgerufen, teilte Verdi-Streikleiter Ado Wilhelm gestern in Berlin mit. Die bevorstehende vierte Verhandlungsrunde sei „die letzte Chance“ für eine gütliche Einigung. Betroffen von den Warnstreiks ist heute auch Baden-Württemberg. An den Standorten Stuttgart, Ulm, Ravensburg mit Weingarten, Rottweil, Donaueschingen, Konstanz, Freiburg, Offenburg, Weinheim und Heidelberg sollen die Mitarbeiter für vier Stunden die Arbeit ruhen lassen. Laut Gewerkschaft ist in den kommenden Tagen mit weiteren Warnstreiks zu rechnen. Verdi fordert für die mehr als 85 000 Telekom-Beschäftigten 6,5 Prozent mehr Gehalt sowie eine stärkere Anhebung in den unteren Einkommensgruppen. Drei Gesprächsrunden waren bislang ohne Fortschritte und ohne ein Angebot der Arbeitgeber geblieben. Die Telekom hatte betont, sie sehe angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage keinen Spielraum für Einkommensverbesserungen.

Landesstiftung hat weniger Geld zur Verfügung

STUTTGART (lsw) - Die Baden-Württemberg-Stiftung muss infolge der Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten in den vergangenen Monaten sparen. In diesem Jahr stehe der Landesstiftung im Vergleich zur durchschnittlichen Ausschüttung der Vorjahre ein Viertel weniger Geld zur Verfügung, berichten die „Stuttgarter Nachrichten“. „In diesem Jahr wird man nur rund 31 Millionen Euro ausschütten können“, sagte ein Mitglied des Aufsichtsrates nach einer Strategiesitzung des Gremiums. Zuvor waren es demnach jährlich im Schnitt rund 40 bis 50 Millionen Euro für Projekte aus den Bereichen Forschung, Bildung und Soziales. Derzeit sei noch unklar, welche Projekte in diesem Jahr nun mit weniger Mitteln auskommen müssen oder womöglich gar nicht gefördert werden können.

Das Land plant eine Einbürgerungskampagne

BAD WALDSEE (lsw) - Baden-Württemberg will künftig die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe von Einwanderern stärker vorantreiben. „Gemeint ist auch ein Lernprozess, bei dem sich alle ein Stück weit öffnen und verändern“, sagte der Amtschef des Integrationsministeriums, Manfred Stehle, anlässlich einer Tagung der Franziskanerinnen vom Kloster Reute zur Begegnung zwischen Christen und Muslimen am Samstag in Bad Waldsee (Kreis Ravensburg). Dabei gehe es auch darum, kulturelle Unterschiede zu akzeptieren. Noch in der ersten Jahreshälfte werde das Integrationsministerium eine große Einbürgerungskampagne starten.

Polizei schließt Vereinsheim eines Rockerclubs



ROTTWEIL (lsw) - Die Polizei hat ein Vereinsheim des Motorrad- und Rockerclubs „Red Devils“ in Rottweil durchsucht und vorübergehend geschlossen. Wie die Polizei gestern mitteilte, war ein 50-Jähriger, der als hochrangiges Mitglied der „Red Devils“ (Foto: dpa) in Singen gilt, am Freitag bei der Einreise aus der Schweiz nach Deutschland mit fünf Gramm Kokain erwischt worden. In einem Hotelzimmer in Rottweil fanden die Ermittler weitere 30 Gramm Kokain, die zum Verkauf vorbereitet waren, sowie drei scharfe Pistolen, einen Revolver und eine Maschinepistole mit 400 Schuss Munition. Da sich der Mann bereits am Donnerstag in dem Clubheim in Rottweil aufgehalten hatte, vermutet die Polizei, dass er als Drogen- und Waffenkurier für andere „Red Devils“-Mitglieder fungierte. Ein Richter ordnete die Durchsuchung des Heims an. Gegen einen 31-jährigen Rocker und den 50-jährigen mutmaßlichen Dealer wurde Untersuchungshaft verhängt.

Land sucht Weg für behinderte Kinder

Baden-Württemberg testet die sogenannte Inklusion an Regelschulen

Von Stefanie Järkel

STUTTGART - Kinder mit unterschiedlichen Leistungsniveaus sollen in der Gemeinschaftsschule gemeinsam unterrichtet werden. Mancher Kritiker sieht hier schon die Grenze des Machbaren erreicht. Doch eine besondere Herausforderung für die Lehrer an der neuen Schulform wird auch der Schwerpunkt Inklusion sein. In der Gemeinschaftsschule sollen verstärkt Kinder mit Behinderungen unterrichtet werden. Doch bereits heute werden in zahlreichen regulären Schulen im Land auch Kinder mit Behinderungen unterrichtet. Von Herbst 2010 bis Sommer 2012 werden in Baden-Württemberg darüber hinaus in fünf Schwerpunktregionen alle Möglichkeiten des inklusiven Schulangebots für behinderte Kinder ausprobiert. Eine dieser Schwerpunktregionen ist der Landkreis Biberach.

Hintergrund ist, dass auch für Deutschland seit 2009 die UN-Behindertenrechts-Konvention gilt. Teil der Umsetzung dieser Konvention ist, dass Eltern für ihr behindertes Kind auch unter den regulären Schulen frei wählen können. Das entsprechende Schulgesetz in Baden-Württemberg soll dazu allerdings erst zum Schuljahr 2013/2014 geändert werden.

Religion, Sport und Chor

In der Schwerpunktregion Biberach werden von 420 Kindern mit neu genehmigtem Sonderschulanspruch im Schuljahr 2011/2012 insgesamt 103 in regulären Schulen unterrichtet, 317 in Sonderschulen. Dies entspricht einem Verhältnis von 25 Prozent zu 75 Prozent. Laut Bernhard Straile von der Abteilung Schule und Bildung im Regierungspräsidium Tübingen liegt die Verteilung auch in den anderen Schwerpunktregionen Stuttgart, Mannheim, Freiburg und Konstanz so vor. Es werden im Landkreis Biberach drei Varianten der inklusiven Beschulung ausprobiert: Einzelinklusion, Gruppeninklusion und Außenklasse. Die Außenklasse ist allerdings auch schon ein seit Jahren praktiziertes Modell. Bei der Einzelinklusion wird ein behindertes Kind in einer regulären Klasse mit unterrichtet. Bei der



Gemeinsam Sprache und Bauernhof entdecken: Lilien und Lasse gehen in die dritte Klasse der Grundschule Rissegg im Kreis Biberach. Lilien hilft hier dem geistig behinderten Klassenkameraden, die Tiere des Spielbauernhofs richtig aufzustellen.

FOTO: STEFANIE JÄRKELE

Gruppeninklusion sind es mehrere behinderte Kinder in einer regulären Klasse. Die Außenklasse ist eine Klasse der Sonderschule in den Räumen einer regulären Schule. So hat die Schwarzbach-Schule in Biberach, eine Schule für geistig Behinderte, beispielsweise eine Außenklasse mit fünf Schülern an der Grundschule Rissegg. Die Kinder beider Schulen haben jede Woche unter anderem gemeinsam Unterricht in Religion, Sport und Chor. Bei Mathe, Englisch und Deutsch trennt sich die Gruppe.

Hat ein Kind einen besonderen Förderbedarf, erstellt ein Sonderschullehrer für das Staatliche Schulamt in Biberach ein Gutachten. Anschließend weist das Schulamt den Kindern in der Regel zwei bis sechs Förderstunden durch einen Sonderschullehrer zu. Die Sonderschullehrer müssen bei einem inklusiven Schulangebot dann von ihrer Sonderschule an die regulären Schulen fahren und dort die Kinder betreuen

und fördern. Doch sechs Stunden Förderangebot in der Woche decken keine 20 Stunden Unterricht ab. Dies zeigt sich vor allem bei der Einzelinklusion. „Ein Ergebnis der Schwerpunktregion ist, dass die bestehenden Ressourcen nicht ausreichen“, sagt Straile vom Regierungspräsidium Tübingen.

Frontalunterricht ist schwierig

Bei der Gruppeninklusion können die Stunden der Sonderschullehrer noch gebündelt und so der Klassenlehrer der regulären Schule stärker entlastet werden. So lassen sich laut Straile beispielsweise vier bis fünf behinderte Kinder mit 20 nicht-behinderten Kindern leichter unterrichten – wenn es die Räumlichkeiten gibt. Dann gibt es dank der Sonderschullehrer die Möglichkeit, die Gruppe aufzuteilen und einen „pädagogisch neuen Ansatz“ zu wagen, wie Straile sagt. Frontalunterricht für die ganze Gruppe gestalte sich da „deutlich schwieriger“.

Neben der Unterrichtsversorgung stellt sich vor allem für die Landkreise aber auch die Frage, wer die Kosten für den Fahrdienst und die Schulbegleitung trägt. Kinder mit Behinderungen können neben einer speziellen Lehrkraft eine Person zur Unterstützung vom Jugendamt zugezogen bekommen. „Die Landkreise haben große Ängste, dass die Kosten aus dem Ruder laufen“, sagt Straile.

Derzeit bemühen sich nun die verschiedenen Träger, die Kosten für die einzelnen Varianten wie Einzelinklusion und Gruppeninklusion zu errechnen. Ersparnisse sieht Straile bei der inklusiven Beschulung beispielsweise darin, dass weniger Kinder in einem Heim untergebracht werden müssen. Sie können bei ihren Eltern leben und auf eine Schule in ihrer Nähe gehen. Ein Arbeitskreis unter Beteiligung des Kultusministeriums bereitet mithilfe dieser Kostenberechnung dann auch die Schulgesetzänderung zum Schuljahr 2013/2014 vor.

Mehr Personal ist Pflicht

Ulrich Raichle, Vorstandsvorsitzender des Körperbehindertenzentrums Oberschwaben, betont, dass die Inklusion nicht nur auf die schulische Bildung verengt werden darf. Vielmehr gehe es um ein Gesellschaftsmodell, wo jeder Mensch mit seinen Stärken und Schwächen als Mitglied der Gesellschaft selbstverständlich leben kann. In der Schule gehe es darum, dass jedes Kind seine entsprechende individuelle Förderung bekommen könne. Dies sei in den heutigen Bildungseinrichtungen nicht möglich, weil weder das Fachwissen noch die räumlichen Gegebenheiten vorhanden seien.

Problematisch bei der stundenweisen Verteilung der Sonderschullehrer auf die Regelschulen sei die immer stärkere Aufspaltung der sonderpädagogischen Ressourcen. Einzelinklusion sei nur möglich, wenn es deutlich mehr Ressourcen im System gebe. Außerdem gebe es bereits Hinweise, dass Eltern von Sonderschulkindern unzufrieden seien, weil zu viel Personal in die Regelschulen abgezogen würden. Für Raichle ist der Erhalt der Sonderschulen wichtig. In manchen Lebensphasen der Kinder und Jugendlichen sei der Sonderschulbesuch das passende Angebot. (jak)

Sorge um die Sonderschulen

„Die Sonderschullehrer sind von der Vorstellung nicht angetan, dass sie die Kinder an der Regelschule besuchen sollen“, sagt Gerhard Brand, Landesvorsitzender der Verbandes Bildung und Erziehung. Die Lehrer hätten Sorge, dass sie den Kindern dann nicht mehr gerecht werden könnten. Es bringe nichts, wenn die Sonderschullehrer nur für einzelne Stunden abgeordnet würden und dann mit einer ganzen Reihe Kinder arbeiten müssten. Bei echter Inklusion müssten die Lehrer dauerhaft an einer Schule sein, um so die Schule kennenzulernen und mit den Kindern arbeiten zu können. „Aber das

wird so viel kosten, dass es nicht machbar sein wird“, sagt Brand. „Die Lehrer haben zudem Angst, dass die Sonderschulen aufgelöst werden und sie dann nur noch von Regelschule zu Regelschule reisen.“ Wo bliebe da die Heimat der Sonderschullehrer? Bei der Abordnung verweist Brand auch auf die starke Spezialisierung der Sonderschulpädagogen. Ein Spezialist für Kinder mit Sprachschwäche könne sich nur schwer um körperbehinderte Kinder kümmern. Ungeklärt ist für Brand beispielsweise auch, wie die Sonderschullehrer ihre Fahrtzeiten von der einen zur anderen Schule abrechnen sollen. (jak)

Atommüll-Irritationen im deutschen Süden

Bayern und Baden-Württemberg geraten sich wegen der uralten Endlager-Frage in die Wolle

Von Michael Lehner

MÜNCHEN/STUTTGART - Die neu begonnene Suche nach einem Atommüll-Endlager sorgt für Zwist im Süden: Für seine Einschätzung, dass die Tonschichten im württembergischen Donau-Raum für ein solches Projekt besser taugen als bayerische Standorte, erntet Bayerns Umweltminister Marcel Huber Widerspruch von seinem Stuttgarter Amtskollegen Franz Untersteller.

Nes ist der Konflikt nicht. Vor Jahresfrist hatte der Stuttgarter Ministerpräsident Winfried Kretschmann gleich zu Beginn seiner Amtszeit die Bereitschaft erklärt, auch in Baden-Württemberg nach Atomlager-Standorten suchen zu lassen. Er brach dabei mit einem Tabu, das in den Süd-Bundesländern seit den Zeiten unionsgeführter Landesregierungen – und damit seit Menschengedenken – gegolten hatte.

Nach Kretschmann sorgte auch Bayerns frisch berufener Umweltminister im November vergangenen Jahres für neue Offenheit: „Wenn der nationale Konsens aufgrund transparenter wissenschaftlicher Erkenntnisse ergibt, dass der beste Standort in Bayern ist, dann müssen wir das auch mittragen“, sagte der studierte Tierarzt Marcel Huber und stieß prompt auf heftigen Widerspruch aus seiner eigenen Partei, der CSU.

Ebenfalls interessant: So wie die CSU ihren Umweltminister seinerzeit schleunigst aus dem Boden der Atom-Realitäten zurückholte, wurde auch Kretschmanns Erkundungsbegeisterung zügig relativiert. Baden-Württemberg sei „größtenteils ungeeignet für ein atomares Endlager“, erklärte der Leiter des Landesamts für Geologie – und schloss damals schon weitgehend die Tongesteinschichten an der württembergischen Donau als möglichen Standort aus.

Sicher ist zudem, dass die Fachbehörden in München und Stuttgart seit Jahrzehnten auf solche Ansinnen vorbereitet sind. Schon Bayerns Über-Landesvater Franz Josef Strauß bekam Zornesfalteln, wenn

aus dem Norden die Idee laut wurde, den Atommüll in bayerischem Granit zu lagern. Sogar den damaligen SPD-Kanzler Helmut Schmidt rief Strauß zur Hilfe, als CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht den Standort Niedersachsen als politisch nicht durchsetzbar bezeichnete.



Bayerns Umweltminister Marcel Huber (CSU).

FOTO: DAPD

Strauß machte den Verzicht auf eine Endlager-Suche im Freistaat zudem zur Bedingung, als er dem Bau einer Atommüll-Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in der bayerischen Oberpfalz zustimmte. Dass sein Nachfolger Max Streibl den Weiterbau einstellte, hat aus bayerischer Sicht an dieser Aufgabenteilung nichts geändert.

Hinter dem Pulverdampf des jüngsten Schlagabtauschs zwischen den Süd-Umweltministern steckt zumindest kein Zeitdruck: Bis der Endlager-Bau in die Gänge kommt, vergehen nach Experten-Schätzung noch mindestens 15 Jahre.

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktaglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ebingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Markdorf, Meßkirch, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Mitglieder der Chefredaktion: Ulrich Mäule, Ludger Möllers, Christoph Plate
Politik: Christoph Plate (stv.), Klaus Wieschmeyer;
Wirtschaft/Leiter Digitales: Steffen Ränge (Wirtschaft stv.);
Thomas Hagenbuecher); Regionales: Benjamin Wagener; Journal:
Melanie H. Schmidt; Sport: Rolf Schneider; Beilagen/Wochenende:
Dirk Uhlenbruch; Gestaltung: Ulrich Mendelich;
alle 88299 Leutkirch, Rudolf-Roth-Strasse 18. Redaktion Stuttgart:
Herbert Beck, Stefanie Järkel; Redaktion Berlin: Sabine Lennartz;
Redaktion München: Michael Lehner. Korrespondenten in
Washington, Moskau, London, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG,
Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
88291 Leutkirch, Postfach 1145; Rudolf-Roth-Strasse 18
Telefon 07561 / 80-0; Telefax 07561 / 80-134
Anzeigen Telefax 07561 / 80-178
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil
Medienredakteur: Joachim Umbach

Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer und Wilhelm Zörn;
verantwortlich für Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt;
verantwortlich für die Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer;
Chef vom Dienst: Bernd Scheibitz; für Anzeigen und Beilagen
gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 64 vom
1.1.2012. Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokalredaktionen
und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte
Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt
höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung
geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0180 / 200 800 1
Telefax: 0180 / 200 800 2
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de